

PRESSEMITTEILUNG – STAND WITH UKRAINIAN WOMEN

Berlin, 11. April 2022

Die Berliner Erklärung als Bündnis von 21 führenden Frauenverbänden und -organisationen setzt sich bundesweit für die Gleichstellung als Leitprinzip in allen Politikfeldern, für Parität in den Führungspositionen in allen gesellschaftlichen Bereichen, für gleiche Bezahlung und gleiche Bedingungen in der Arbeitswelt und für ein Leben frei von Gewalt für *alle* Frauen ein.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit einhergehenden Kriegsverbrechen, die Belagerung und Zerstörung von Städten und von zivilen Einrichtungen wie Krankenhäusern und Schulen sowie die Gräuel der russischen Armee an der Zivilbevölkerung, wie sie u.a. für die Vororte von Kiew dokumentiert sind, bestürzen und entsetzen uns. Es ist zu befürchten, dass sexuelle Gewalt gegen Frauen auch in den kommenden Wochen systematisch als ein weiteres Mittel eingesetzt wird, um die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung zu brechen.

Wir fordern die Mitglieder der Bundesregierung auf, alles in ihrer Machtstehende zu unternehmen um die ukrainische Führung und die Bevölkerung in ihrem beispiellosen Einsatz für Souveränität, Freiheit und Demokratie effektiv zu unterstützen.

Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass

- Kriegsverbrechen in der Ukraine umfassend dokumentiert und geahndet werden. Besonderes Augenmerk ist auf sexuelle Gewalt zu legen, da diese Verbrechen in ihrer Häufigkeit und ihren Folgen häufig unterschätzt werden. Opfer sexueller Gewalt müssen allem voran mit Würde behandelt werden. Ihre Privatsphäre muss gewahrt bleiben und die Unterstützung streng vertraulich bereitgestellt werden.
- Frauen an den Verhandlungstischen, in der Außen- und Entwicklungspolitik sowie in den Medien gleichermaßen repräsentiert sind.
- Schutz der Zivilbevölkerung und Frieden das oberste Ziel aller Sanktionen sein müssen
- Ukrainische Frauen und Frauenorganisationen mit ihren Erfahrungen Gehör finden und ihre Forderungen einbringen können, gerade auch in die politische Diskussion und öffentliche Debatte in Deutschland. Dies ist besonders wichtig, um Stereotypen und Vorurteilen entgegen zu wirken.

Einige Mitglieder der Berliner Erklärung sind der Ukraine persönlich oder über Projekte verbunden. Sie wissen aus eigener Anschauung, wie stark und widerstandsfähig die demokratische Zivilgesellschaft ist. Diese wird seit Jahren ganz entscheidend von Frauen geprägt. Jetzt setzen sich Frauen als Soldatinnen und Freiwillige für die Verteidigung ihres Landes und die Demokratie ein, organisieren mit großem Einsatz die humanitäre Hilfe vor Ort und kümmern sich um die Kinder und Pflegebedürftigen. Sie verdienen den größten Respekt und jegliche Unterstützung.

Gleichzeitig wird der Krieg überwiegend von Männern gesteuert und in den Medien überwiegt das Rollenbild des kämpfenden Helden.

Für die aus der Ukraine geflüchteten Frauen und Kinder, die aktuellen Zahlen zufolge über 80 Prozent der Geflüchteten ausmachen, fordern wir von den Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen

- Berücksichtigung frauenspezifischer Bedürfnisse bei Unterbringung und Versorgung
- schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt entsprechend der Qualifikationen sowie passgenaue Angebote für Sprachkurse und Kinderbetreuung
- umfassenden Schutz vor (sexueller) Ausbeutung
- Kindern den Zugang zu Kitas und Schulen zu gewährleisten
- einen bedarfsgerechten Zugang zur Traumabehandlung.

Wir möchten klarstellen, dass alle Menschen auf der Flucht gleich zu behandeln sind, gleich welcher Herkunft, Nationalität und Religion: Die Solidarität mit ukrainischen Geflüchteten muss als Beispiel dienen für unsere Werte als ein weltoffenes Europa. Sie muss uns ermutigen, unsere Flüchtlingspolitik neu aufzustellen und inklusiver zu gestalten.

Menschen- und Frauenhandel fand schon vor der aktuellen Fluchtbewegung aus der Ukraine statt. Die Fluchtwege liegen genau auf den Routen der verbrecherischen Netzwerke, die u.a. in der Ukraine, in Rumänien, in Bulgarien, in Moldau aktiv sind, um Frauen und Kinder in der Zwangsprostitution auch in Deutschland auszubeuten.

Deshalb fordern wir:

- Mehr Schutz von Frauen und Kindern auf den Fluchtwegen.
- Hartes Vorgehen gegen Menschenhändler und Zerschlagung ihrer Netzwerke.
- Sowie finanzielle Unterstützung für Hilfsorganisationen, die die geflüchteten Frauen noch unterwegs in Zügen, auf Bahnhöfen und Auffangstationen mit Informationen und Hilfsangeboten versorgen.

In einer globalisierten Welt reicht es nicht aus, wenn das Ringen um Frauenrechte auf unser Land beschränkt bleibt. Die Gleichstellung von Frauen ist auch immer der Gradmesser für Frieden und Wohlstand der einzelnen Länder. Deshalb fordern wir die Bundesregierung zu einem neuen zukunftsfähigen Handeln auf, um feministische Außen- und Entwicklungspolitik in allen ihren internationalen Aktivitäten als Querschnittsaufgabe zu etablieren. Dazu gehört auch, national und international tätige Frauenrechtsorganisationen besser zu finanzieren.



Pressekontakt:

Dr. Helga Lukoschat, Vorsitzende EAF Berlin, 030/ 308 77 600

Weitere Informationen: www.berlinererklaerung.de

Sprecherin der Berliner Erklärung und Pressekontakt:

Monika Schulz-Strelow, Gründungspräsidentin FidAR e.V.

Kontakt: sprecherin@berlinererklaerung.de

Das überfraktionelle Bündnis der Berliner Erklärung existiert seit 2011.

Aktuell gehören ihm 21 Frauenverbände als Initiatorinnen an:

Arbeitsgemeinschaft Anwältinnen im DAV, 270 Mitglieder, Christina Dillenburg, Vorsitzende www.davanwaeltinnen.de

BAG kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen, 1.900 Mitglieder, Christel Steylaers, Bundessprecherin www.frauenbeauftragte.de

Business und Professional Women (BPW) Germany, 1.600 Mitglieder (Deutschland) 30.000 Mitglieder in 100 Ländern, Uta Zech, Präsidentin www.bpw-germany.de

dbb bundesfrauenvertretung, 436.000 Mitglieder, Milanie Kreutz, Vorsitzende www.dbb.de

Deutscher Ärztinnenbund e.V. (DÄB), 2.400 Mitglieder, Dr. Christiane Groß M.A., Präsidentin www.aerztinnenbund.de

Deutscher Akademikerinnenbund e.V. (DAB), 430 Mitglieder, Manuela B. Queitsch, Präsidentin, www.dab-ev.org

deutscher ingenieurinnenbund e.V. (dib), 400 Mitglieder, Sylvia Kegel, Delegierte www.dibev.de

Deutscher LandFrauenverband e.V. (dlv), 450.000 Mitglieder, Petra Bentkämper, Präsidentin www.landfrauen.info

Digital Media Women e.V. (DMW), 820 Mitglieder und 30.600 Community Mitglieder, Sandra Roggow, 2. Vorstandsvorsitzende www.digitalmediawomen.de

EAF Berlin | Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft, 2.000 Unterstützer*innen, Dr. Helga Lukoschat, Vorsitzende www.eaf-berlin.de

European Women's Management Development International Network e.V. (EWMD Deutschland), 470 Mitglieder in Deutschland; 900 Mitglieder europa- und weltweit, Caterine Schwierz, President www.ewmd.org

FidAR - Frauen in die Aufsichtsräte e.V., 1.200 Mitglieder, 5.000 Unterstützer*innen, Prof. Dr. Anja Seng, Vize-Präsidentin www.fidar.de

Frauen im Management e.V. (fim), 180 Mitglieder, Bärbel Jacob, Bundesvorstand www.fim.de

Journalistinnenbund e.V. (jb), 400 Mitglieder, Friederike Sittler, Vorsitzende www.journalistinnen.de

Power to Transform! e.V., Barbara Rohm, Vorstand www.power-to-transform.org

Pro Quote Film e.V., 1.500 Unterstützer*innen, Margrét Rún, Vorstand www.proquote-film.de

ProQuote Medien e.V., 200 Mitglieder, 5.000 Unterstützerinnen und Unterstützer, Edith Heitkämper, Vorsitzende www.pro-quote.de

ProQuote Medizin, 700 unterstützende Unterschriften, davon 80 Professoren und Professorinnen, Prof. Dr. Gabriele Kaczmarczyk, Initiatorin pro-quote-medizin.de

UN Women Deutschland e.V., 1.200 Mitglieder, Elke Ferner, Vorsitzende www.unwomen.de

Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. (VdU), 1.800 Mitglieder und Interessentinnen, 16 Landesverbände, Jasmin Arbabian-Vogel, Präsidentin www.vdu.de

Working Moms – Pro Kinder Pro Karriere e.V. (WM), 660 Mitglieder, Lucia Mathée, Vorsitzende www.workingmoms.de